



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Mobilität
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Baldus
E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 20.01.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Mobilität
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur Sitzung
des Ausschusses für Mobilität
am Donnerstag, 27. Januar 2022, um 17:00 Uhr,

Diese Ausschusssitzung wird als Online-Sitzung per Visavid durchgeführt.
Der Konferenzlink wird nach der Generierung zugesandt.

Tagesordnung I

1. Vorstellung neuer Geschäftsführer ESWE Verkehr
2. 21-V-05-0037 DL 01/22-5, 46/21-4
Kenntnisnahme Parkraummanagementkonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden (Wlpark)

3. 22-F-89-0001

Zustand der Wiesbadener Brücken

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und FW/Pro Auto vom 19.01.2022-

Die ehemalige Salzbachtalbrücke ist ein warnendes Beispiel dafür, dass die Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur nicht vernachlässigt werden darf. Insbesondere Brückenbauwerke bilden dabei einen besonders sensiblen Bereich, welcher daher einer erhöhten Aufmerksamkeit bedarf. Mit Beschluss Nummer 0093 des Mobilitätsausschusses vom 04.11.2021 wurde der Magistrat u. a. um Bericht gebeten, welche Brücken innerhalb Wiesbadens bei ihrer letzten Hauptprüfung signifikante Mängel aufgezeigt haben und dadurch nur einen ausreichenden Zustand oder schlechter attestiert bekommen haben. Darauf wurde von Herrn Stadtrat Kowol mit Schreiben vom 21.12.2021 geantwortet und mitgeteilt, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden derzeit Baulastträger von 23 Brückenbauwerken ist, welche einen ausreichenden oder schlechteren Zustand haben. Leider enthält das Schreiben keine Auskunft darüber, um welche Brücken es sich im Einzelnen handelt und keine Nennung des jeweiligen Zustandes.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche konkreten 23 Brückenbauwerke innerhalb der Wiesbadener Gemarkung derzeit nur einen ausreichenden oder schlechteren Zustand haben;
2. für die Brückenbauwerke gemäß Ziffer 1 die Zustandsnote zu nennen und mitzuteilen, welche Schäden jeweils vorhanden sind;
3. welche Maßnahmen ergriffen wurden und welche in Planung sind, um die jeweiligen Schäden zu beheben unter Angabe des zeitlichen Ablaufs;
4. wie hoch der finanzielle Bedarf für die Schadensbehebung geschätzt wird, aufgeschlüsselt auf die einzelnen Brückenbauwerke.

4. 22-F-63-0008

Winterdienst Fahrradinfrastruktur

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE und Volt vom 19.01.2022-

Dank der verschiedenen Fördermaßnahmen der Stadt hat sich der Anteil der Radfahrenden an den Verkehrsteilnehmern spürbar erhöht. Verstärkt durch die Corona-Pandemie erledigen heute deutlich mehr Menschen in unserer Stadt ihre alltäglichen Wege mit dem Rad als noch vor wenigen Jahren - und das nicht nur in der Sommer-Saison, sondern zunehmend auch im Herbst und Winter.

Um diese erfreuliche Entwicklung zu verstetigen und ganzjährig möglichst viel Mobilität mit dem Rad abwickeln zu können, ist es wichtig Radfahrenden die Gewissheit zu geben, im wachsenden Radinfrastruktur-Netz dieser Stadt bei jeder Witterung möglichst sicher und zuverlässig zu ihrem Ziel zu kommen. Insbesondere bei Schnee- und Eisglätte sind Zweiradfahrende (mehr noch als andere Gruppen von Verkehrsteilnehmenden) darauf angewiesen, dass ihre Wege geräumt werden.

Die Erfahrungen in Städten wie Kopenhagen haben gezeigt, dass ein prioritärer Winterdienst auf Radwegen einen direkten Einfluss darauf hat, wie viele Menschen auch im Winter mit dem Rad unterwegs sind - was wiederum Busse und Straßen entlastet und sich somit insgesamt positiv auf das Gesamtverkehrssystem auswirkt.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie der Winterdienst der Radinfrastruktur aktuell geregelt ist.
2. eine Liste der wichtigsten Radverkehrsverbindungen (insbesondere in der Innenstadt) zu definieren, die zukünftig bei entsprechender Witterung ähnlich prioritär wie die hoch priorisierten KFZ-Fahrbahnen geräumt bzw. gereinigt werden, so dass möglichst zu Beginn des morgendlichen Berufsverkehrs eine sichere Nutzung gewährleistet ist. Hierzu sollte eine Karte erstellt und veröffentlicht werden, auf der für alle Radfahrenden erkenntlich ist, welche Hauptradrouten unter diesen prioritären Winterdienst fallen.
3. dafür Sorge zu tragen, dass fahrbahnbüdige Radverkehrsanlagen grundsätzlich bei der Räumung der Fahrbahn mitgeräumt und nicht durch den weggeschobenen Schnee(matsch) blockiert werden.
4. darzulegen, welche Mehrkosten aus der überarbeiteten Priorisierung entstehen.

5. 22-F-63-0011

Wellritzstraße: eine Fußgängerzone ist mehr als ein Schild
-Antrag der Fraktionen SPD, Grüne, die Linke und Volt vom 19.01.2022-

Fußgängerzonen definieren sich nicht nur durch die Abwesenheit von Kraftfahrzeugen. Ein wesentlicher Bestandteil ist auch die Förderung einer Aufenthaltsqualität, die zum Verweilen einlädt. Eine Förderung von Sauberkeit sowie eine attraktivere Gestaltung öffentlicher Flächen inklusive mehr Grün sind in den Top 3 der Forderungen aus dem Forschungsprojekt „Wiesbadener Innenstadt im Wandel“¹ - sowohl aus Sicht der Einzelhändler als auch der Passanten.

Sowohl bis zur baulichen Umgestaltung des 1. Abschnitts als auch während der Erprobung des 2. Abschnitts der Fußgängerzone Wellritzstraße sollten daher auch kurzfristige und temporäre Maßnahmen ergriffen werden, um die Optik und Aufenthaltsqualität der Wellritzstraße zu steigern und so den ansässigen Handel und die Gastronomie zu stärken.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen,

Der Magistrat möge berichten,

1. welche kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen gegen Durchgangsverkehr ergriffen werden können (beispielsweise Schranken oder Poller)
2. ob und welche Maßnahmen zur temporären Aufwertung der Optik und der Aufenthaltsqualität bis zur endgültigen Umgestaltung der Fußgängerzone Wellritzstraße als sinnvoll erachtet werden, beispielsweise
 - a. die Platzierung von temporären Sitzgelegenheiten, die zum Verweilen animieren,
 - b. die Platzierung von temporären Bäumen und Grünpflanzen (wie beispielsweise die drei »»Klimabäume«« im Sommer 2021 auf dem Schloßplatz),
 - c. eine farblich-künstlerische Gestaltung des Asphalt analog den Superblocks in Barcelona. Diese kann in Zusammenarbeit mit dem Kinderzentrum Wellritzhof auch spielerischer Natur sein.
3. was aus Sicht der eigens eingesetzten Vermittlerin² zwischen Stadt und Bürgern die drängendsten Handlungsfelder zur Aufwertung der Fußgängerzone Wellritzstraße sind

6. 22-F-69-0006

¹ Siehe 22-V-12-0001

² Siehe „Wirkt nicht wie eine Fußgängerzone“, Wiesbadener Kurier, 23.12.2021

Erneuerung der Dotzheimer Straße

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 19.01.2022-

Die Dotzheimer Straße ist seit Jahren im Bereich zwischen der Schwalbacher Straße und dem 1. Ring eine Buckelpiste mit zahlreichen Schlaglöchern oder deren notdürftigen Reparaturen.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Zu berichten, ob und wann eine Erneuerung des Straßenbelags in der Dotzheimer Straße zwischen dem 1. Ring und der Schwalbacher Straße geplant ist.
2. Eine baldige zügige Erneuerung dieses Straßenabschnitts zu planen und umzusetzen. Hierbei soll es auf Grund der Wichtigkeit der Verkehrsachse nur kurzzeitig zu Behinderungen kommen, wie beispielsweise den schnellen Erneuerungsmaßnahmen der Bierstadter- oder der Fichtestraße geschehen.

7. 22-F-63-0010

„Immergrüne“ Fußgängerampeln erproben

-Antrag der Fraktionen SPD, Grüne, die Linke und Volt vom 19.01.2022-

Wiesbaden ist seit Sommer Modellstadt für Fußverkehr und hat es sich zum Ziel gesetzt, Fußgänger in den kommenden Jahren verstärkt in den Fokus der Mobilitätspolitik zu rücken. Die Stadt Karlsruhe testet an mehreren Ampelanlagen ein „Immer-Grün“ für Fußgänger. Konkret bedeutet dies, dass ausgewählte Ampeln in verkehrsschwachen Zeiten standardmäßig grün für Fußgänger zeigen - bis vorgeschaltete Sensoren nähernde Kraftfahrzeuge melden. Dadurch entfallen unnötige Wartezeiten für Fußgänger, ohne dass der Straßenverkehr negativ beeinflusst wird. Besonders an größeren Kreuzungen, an denen die Ampeln nachts nicht ausgeschaltet werden, kann der Fußverkehr so attraktiver und sicherer gemacht werden. Durch die Vernetzung der Wiesbadener Ampeln und die Ausstattung mit entsprechenden Sensoren zur Erkennung des Straßenverkehrs (DIGI-V) sind derartige Versuche auch in Wiesbaden möglich.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen,

Der Magistrat möge

1. berichten, auf welchen Straßen(abschnitten) ein solcher Pilotversuch in Wiesbaden als sinnvoll erachtet wird,
2. Vorbereitungen zu treffen, um einen entsprechenden Feldversuch auch in Wiesbaden durchzuführen und entsprechend zu evaluieren.

8. 22-F-10-0004

DIGI-V-Daten für Verkehrsteilnehmer nutzbar machen

-Antrag der Fraktion AfD vom 19.01.2022-

Am 25. November 2021 wurde das millionenschwere Modellprojekt DIGI-V gestartet. Ampeln sind vernetzt und Kameras installiert. Alle Daten werden nun gesammelt und das System kann lernen.

Die Bereitstellung und Nutzbarmachung der Daten für die Verkehrsteilnehmer, sollte hier im Zentrum des Vorhabens stehen. Dies muss in Form einer zur Verfügung stehenden Live-App erfolgen.

Durch die Live-App profitieren Fahrzeuge, Fahrer und Insassen von der Kommunikation mit anderen Verkehrsteilnehmern und der Infrastruktur. Staus, stockender Verkehr oder auch das Anrücken von Rettungskräften werden vom System erkannt und der Verkehrsteilnehmer wird sinnvoll umgeleitet oder auf Gefahren hingewiesen. Auch das Einbinden eines intelligenten Parkleitsystems gehört zu einer modernen Straßenverkehrs-Digitalisierung.

Die vorhandene Infrastruktur in Kombination mit der digitalen Vernetzung der Fahrzeuge untereinander durch die Einführung einer Live-App, kann den Verkehr effizienter, flüssiger und noch sicherer machen.

Die Stadt Darmstadt nutzt hier beispielsweise eine sogenannte Multimodalitäts-App. Diese verwertet die gesammelten Daten und schickt sie an die Verkehrsteilnehmer weiter. Darüber hinaus integriert sie verschiedene Mobilitätsdienste wie ÖPNV, Carsharing, Leihräder und Mitfahrgelegenheiten in einer mobilen Applikation. Dies hat eine Vergrößerung der Auswahl möglicher Routen und Verkehrsmittel zur Folge.

Der Ausschuss für Mobilität wolle beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

I. der Magistrat möge berichten:

1. Ist die Einführung einer Live-App geplant, um die Verkehrsteilnehmer mit dem Verkehr zu vernetzen? Falls nein, warum nicht? Falls ja, bis wann ist diese geplant?
2. Falls die App geplant ist, was wird sie alles können, bzw. sind schon Gespräche mit Anbietern geführt worden?
3. Mit welchen Kosten ist zu rechnen, um eine solche Live-App zu verwirklichen?
4. Ist derzeit das Einbinden eines Parkleitsystems im Rahmen des DIGI-V über eine App geplant? Wenn ja, bis wann soll dieses umgesetzt werden?
5. Ab wann werden sogenannte Umweltsensoren in das System eingebunden?

II. der Magistrat möge dem Ausschuss für Mobilität zwei Mal jährlich über den Stand des DIGI-V-Projektes berichten.

9. 22-F-63-0005

Mosbacher Straße zur Fahrradstraße umwandeln

-Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke-

Wiesbaden verfolgt seit Jahren das Ziel, die Nutzung des Fahrrads attraktiver zu machen und sicherer zu gestalten. Dazu wurde bereits 2015 ein umfassendes Radverkehrskonzept erstellt. Als Beitrag zur klimafreundlichen Verkehrswende und zur fahrradfreundlichen Stadt gilt es, die Verlagerung von Verkehrsleistungen voranzutreiben, weg vom motorisierten Individualverkehr hin zum Fahrrad. Wichtige und zukunftsweisende Elemente der Verkehrswende sind sichere Schulwege für Fahrradfahrer*innen, Förderung des Schüler*innenradverkehrs und die Vermeidung von "Eltern-Taxen". Es gilt Fahrradstraßen zu realisieren und folglich Anreize für Fahrradfahrer*innen zu schaffen.

Die Nutzung des Fahrrads hat insbesondere durch den Wegfall der Salzachtalbrücke und die damit verbundenen Einschränkungen im Autoverkehr an Bedeutung gewonnen. Die Mosbacher Straße muss in vielerlei Hinsicht als wertvolle Tangente für das Fahrrad in den Fokus genommen werden. Einerseits ist sie eine wichtige Verbindungsachse zwischen Biebrich und der Innenstadt, andererseits hat sie durch die Anbindung an drei Schulen (Gutenbergschule, Gymnasium am Mosbacher Berg und Humboldt-Schule), eine Kita (Clemenshaus) sowie eine

Kirche (Lutherkirche) besondere Ansprüche an ein fahrradfreundliches Verkehrskonzept. Damit Schüler*innen und alle übrigen Fahrradfahrer*innen die Mosbacher Straße sicher befahren können, ist deren Umwandlung in eine Fahrradstraße notwendig. Um Zufahrten und Parkmöglichkeiten für die Anwohner*innen nicht einzuschränken, sollte der Anlieger-Kfz-Verkehr weiterhin zugelassen bleiben. Eine Einbahnstraßenregelung würde die Verkehrssicherheit zusätzlich steigern, da der Sicherheitsabstand zwischen Autos und Fahrrädern besser eingehalten werden kann.

Der ADFC Wiesbaden/Rheingau-Taunus arbeitete bereits im Sommer 2021 eine neue Karte für Wiesbaden aus, wo Möglichkeiten für neue Fahrradstraßen ausgewiesen wurden. Die Mosbacher Straße gilt dort als wichtige Verbindungslinie für das Modell des sogenannten Wiesbadener Radsterns. Dies untermauert wesentlich die Rolle der Mosbacher Straße im Hinblick auf deren Umwandlung als Fahrradstraße.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Zu prüfen und zu berichten, ob die gesamte Mosbacher Straße als Fahrradstraße mit zugelassenem Anlieger Kfz-Verkehr ausgewiesen werden kann. Nach positiver Prüfung soll eine Umwandlung der Mosbacher Straße in eine Fahrradstraße erfolgen.
2. Dabei die optimale Anbindung und Beschilderung des von der Mosbacher Straße abzweigenden Fußradwegs (zwischen Hessischem Hauptarchiv und Gymnasium Mosbacher Berg) hin zum Sportpark Rheinhöhe zu berücksichtigen.
3. Die Möglichkeiten einer Einbahnstraßenregelung in Fahrtrichtung Nord, d. h. Richtung Innenstadt, zumindest von der Einmündung Brentanostraße bis zur Einmündung Sartoriusstraße zu prüfen.

10. 22-F-63-0007

Radverkehrs-Erschließung Elisabeth-Selbert-Schule und HSK vervollständigen
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE und Volt vom 19.01.2022-

Im Dezember 2021 wurde vom Ortsbeirat Dotzheim und dem Magistrat beschlossen, die Willi-Werner-Straße in Dotzheim mit Radfahrstreifen auszustatten, mit dem Hauptziel, die Elisabeth-Selbert-Schule für radfahrende Schülerinnen und Schüler verkehrlich angemessen anzubinden.

Aus Richtung Innenstadt kommend verbleibt nun noch eine rund 600 Meter lange Lücke in der Radverkehrsverbindung auf der Erich-Ollenhauer-Straße zwischen Straßenmühlweg und Willi-Werner Straße. Die hier vorhandenen Radfahrstreifen entsprechen nicht mehr den aktuellen Sicherheitsvorschriften hinsichtlich Breite und Abstand zum Parkstreifen. Radfahrende fahren hier in der sogenannten „Dooring-Zone“ und werden vom schnellen Autoverkehr nicht mit ausreichendem Abstand überholt. Dies sind keine akzeptablen Bedingungen, nicht für die Anbindung der neuen Horst-Schmidt-Kliniken und überhaupt nicht für radfahrende Schülerinnen und Schüler. Ein Lückenschluss hier schafft einen hohen Verkehrswert, wenn eine durchgängige Verbindung aus der Innenstadt (Rüdesheimer Straße, Homburger Straße, Straßenmühlweg) bis zum neuen Gymnasium und zur neuen HSK entsteht, die es vielen Menschen ermöglichen würde, sicher zur Schule und zum Arbeitsplatz zu kommen.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. auf der Erich-Ollenhauer-Straße zwischen Straßenmühlweg und Willi-Werner-Straße beidseitig Radfahrstreifen nach aktuell gültigem Sicherheitsstandard (ERA) zu schaffen. Nach Möglichkeit ist die Planung so auszugestalten, dass ein Parkstreifen erhalten bleibt. Auf diesem muss sichergestellt werden, dass das Parken zugunsten der Anwohnerinnen und Anwohner ausschließlich für PKW und nicht mehr für LKW, Anhänger, Wohnwagen und Boote gestattet wird.
2. die Radfahrstreifen auf möglichst langen Abschnitten als Protected Bike Lanes auszuführen. Es wird um Prüfung gebeten, ob der Parkstreifen in Richtung Dotzheim-Mitte nach Vorbild Rheinstraße „vorgezogen“ werden und der Radverkehr dahinter direkt neben dem Gehweg geführt werden kann.
3. zu prüfen, ob der Knoten Erich-Ollenhauer-Straße/Willi-Werner-Straße signalisiert und mit einem indirekten Linksabbieger für den Radverkehr ausgestattet werden kann. Die Signalisierung soll auch der erleichterten, sicheren Fußgängerquerung dienen.
4. die Erich-Ollenhauer-Straße, idealerweise im Bereich der Einmündung der Willi-Werner-Straße, mit einem stationären Geschwindigkeitsmessgerät auszustatten, um den Schulweg per Rad und Fuß sicherer zu machen.
5. vom westlichen Ende der Willi-Werner-Straße eine möglichst kurze und direkte Radverbindung zu den neuen HSK herzustellen, die ohne eine (doppelte) Querung der Ludwig-Erhard-Straße auskommt. Dabei soll die HSK einbezogen werden.

11. 22-F-63-0009

Fahrradparkplätze effektiver freihalten

-Antrag der Fraktionen SPD, Grüne, die Linke und Volt vom 19.01.2022-

In den letzten vier Jahren sind in Wiesbaden über 40 Kilometer neue Radwege und Radstreifen eingerichtet worden, ein Teil davon sogar inklusive der absichernden "Protected Bike Lanes". Diese positive Entwicklung sorgte dafür, dass Wiesbaden im aktuellen ADFC-Fahrradklima-Test den Rang als "bester Aufholer" in der Kategorie der Städte mit 200.000 bis 500.000 Einwohner*innen einnimmt. Im Stadtbild sind immer mehr Radfahrer*innen zu sehen und die Zufriedenheit mit der Rad-Infrastruktur nimmt zu. Doch mehr Fahrräder benötigen auch zusätzliche Abstellmöglichkeiten, insbesondere Fahrradbügel. Neben dem Ausbau der Bügel ist ein konsequentes Entfernen von sogenannten "herrenlosen Fahrrädern" oder demolierten Fahrrädern, die offensichtlich nicht mehr genutzt werden, nötig, um einem Mangel an Abstellflächen entgegenzukommen.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1. ein Verfahren zu erarbeiten und vorzustellen, welches die regelmäßige Entfernung von offensichtlich verwaisten Fahrrädern von öffentlichen Abstellflächen gewährleistet. Dieses könnte beispielsweise durch eine quartalsweise Bestreifung der Anlagen geschehen. Dabei sollten auch wichtige Abstellanlagen auf Flächen Dritter (beispielsweise dem Bahnhofsvorplatz) berücksichtigt werden.

2. eine Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, herrenlose Fahrräder der Stadt Wiesbaden bzw. direkt der zuständigen Stelle zu melden. Dies kann beispielsweise durch eine Anpassung der ELW-App „sauberes Wiesbaden“ geschehen, in der bereits heute komfortabel Meldungen über Sperrmüll mitsamt Foto und Position ermöglicht werden.

12. 22-F-63-0006

Verkehrskonzept Bierstadt Nord

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE und Volt vom 19.01.2022-

Seit dem Satzungsbeschluss für die Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Bierstadt-Nord" im Ortsbezirk Bierstadt (SV 17-V-61-0002) am 30.03.2017 steht ein Verkehrskonzept weiter aus. Inzwischen wurde das Gebiet noch um die Ansiedlung einer Integrierten Gesamtschule erweitert, die weitere verkehrliche Auswirkungen mit sich bringt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dem Mobilitätsausschuss zeitnah über den Planungsstand hinsichtlich eines Verkehrskonzeptes für Bierstadt Nord zu berichten.

13. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 21-V-66-0230 DL 01/22-22
Tannhäuserstraße - Einrichtung eines Fußgängerüberweges
2. 22-V-23-0001 DL 02/22-8
Parkhaus an der Klarenthaler Straße - Neuausschreibung der Bauleistungen
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 30.11.2021 -
3. 20-F-05-0063 DL 14/21-1
Bürgerentscheid umsetzen - Citybahn GmbH abwickeln - Neustart für die Verkehrspolitik
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.11.2020 -
ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 20.11.2021

4. 20-F-05-0077

Eine letzte Chance für meinRad: 5 Euro im Monat, 30 Euro im Jahr
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.11.2020 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 13.01.2022

-Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 25.01.2022 -

5. 21-F-10-0014

Problematik der E-Scooter in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion AfD vom 08.09.2021 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 20.11.2021

6. 21-F-63-0004

Eine Buslinie für den Wiesbadener Osten
-Antrag der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 23.06.2021-

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 10.01.2022

7. 21-F-82-0001

Wiederaufnahme eines schienengebundenen Verkehrs auf der Aartalbahn-Trasse
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und BLW/ULW/BIG in der

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 20.11.2021

8. 21-F-83-0001

Zustand der Wiesbadener Brücken
- Antrag der Fraktionen SPD, Linke und Volt vom 27.10.2021 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 21.12.2021

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Kraft
Vorsitzender